

Hochspannung vor der

Bislang verhallte ihr Protest ungehört – doch jetzt lichtet sich der Horizont für Gegner einer Freileitung im Salzburger Land: Hochtürme rollen ihren Fall neu auf. Eine Spurensuche.



Viele Demos gegen die Freileitung: Es geht um die Zukunft

Für 39 Gemeinden im Salzburger Land wird dieser Sommer schicksalhaft: Ab 17. Juli verhandelt das Bundesverwaltungsgericht über die 380-kV-Stromautobahn. Es liegt nun einzig in der Hand der Richter, ob sie die umstrittenen Pläne endgültig genehmigen oder versenken.

Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, sie wird Geschichte schreiben. Denn kaum ein Vorhaben wurde in jüngerer Zeit ausdauernder bekämpft als die Hochspannungstrasse.

Naturschützer sind verzweifelt

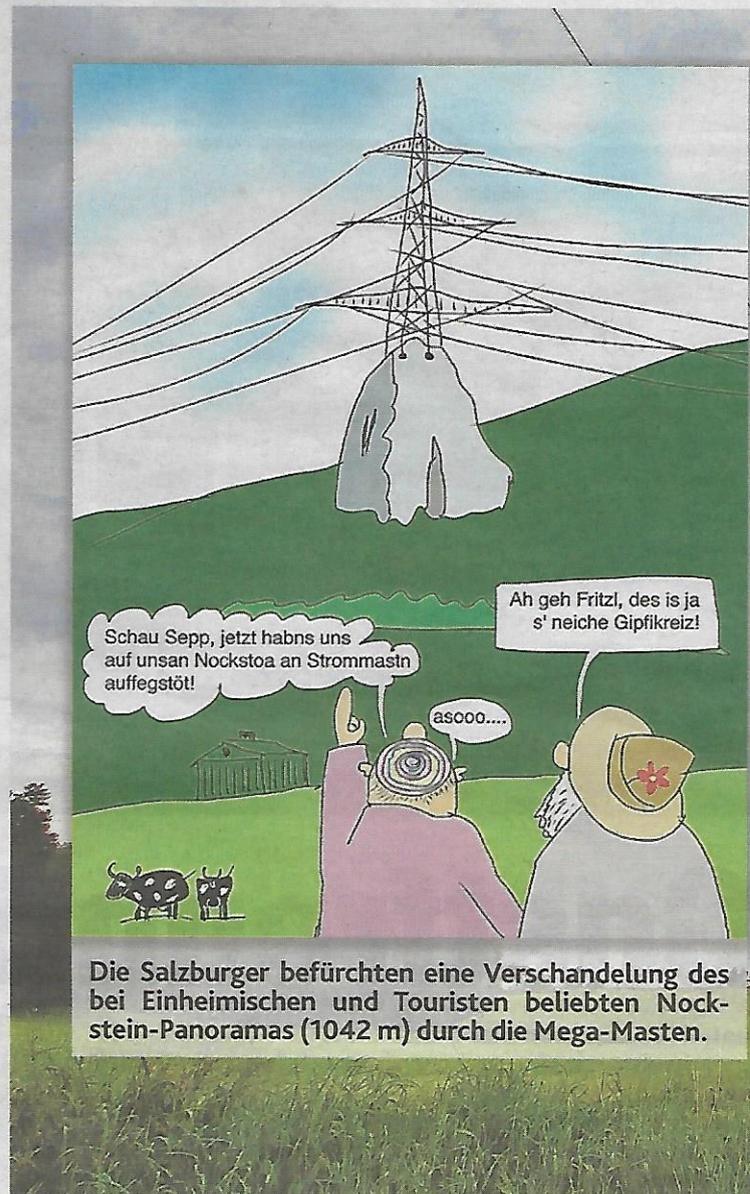
400 massive Masten, teils höher als der Salzburger Dom, und 19 Leitungsbündel in unberührter Landschaft schmerzen nicht nur eingefleischte Naturschützer. Der Bürgerprotest ist zwischenzeitlich zu einer breiten Bewegung gediehen, die sich in ihrem Selbstverständnis als Korrektiv gegen politische Willkür begreift. Drastische Wortwahl, aber kaum verwunderlich nach einer langen Historie zwischen Hoffen und Bangen.

Ihre Anfänge liegen mehr als zwei Jahrzehnte zurück: Ende der achtziger Jahre erfolgt im deutschsprachigen Raum die Umstellung auf die Erhöhung der Nennspannung der Stromnetze von 220 auf 380 kV. In Salzburg fällt der Beschluss dazu 1993, vier Jahre später erteilt das Wirtschaftsministerium unter ÖVP-Minister Martin Bartenstein die Genehmigung nach Prüfung verschiedener Leitungsvarianten.

2002 dann die überraschende Wende: Der Verwaltungsgerichtshof kippt den Genehmigungsbescheid und legt fest, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung eingeleitet werden muss. Zur zuständigen Behörde wird das Land Salzburg erklärt. In den Folgejahren werden Dutzende Leitungsvarianten vorgelegt. Aufgrund anhaltender Proteste bestellt die EU einen Leitungsadministrator.

Hotspot des Bürgerprotests

Ende 2009 sickern erste Informationen über eine mögliche „Nockstein-Gaisberg-Trasse“ durch – sie entwickelt sich zu einem der



Die Salzburger befürchten eine Verschandelung des bei Einheimischen und Touristen beliebten Nockstein-Panoramas (1042 m) durch die Mega-Masten.

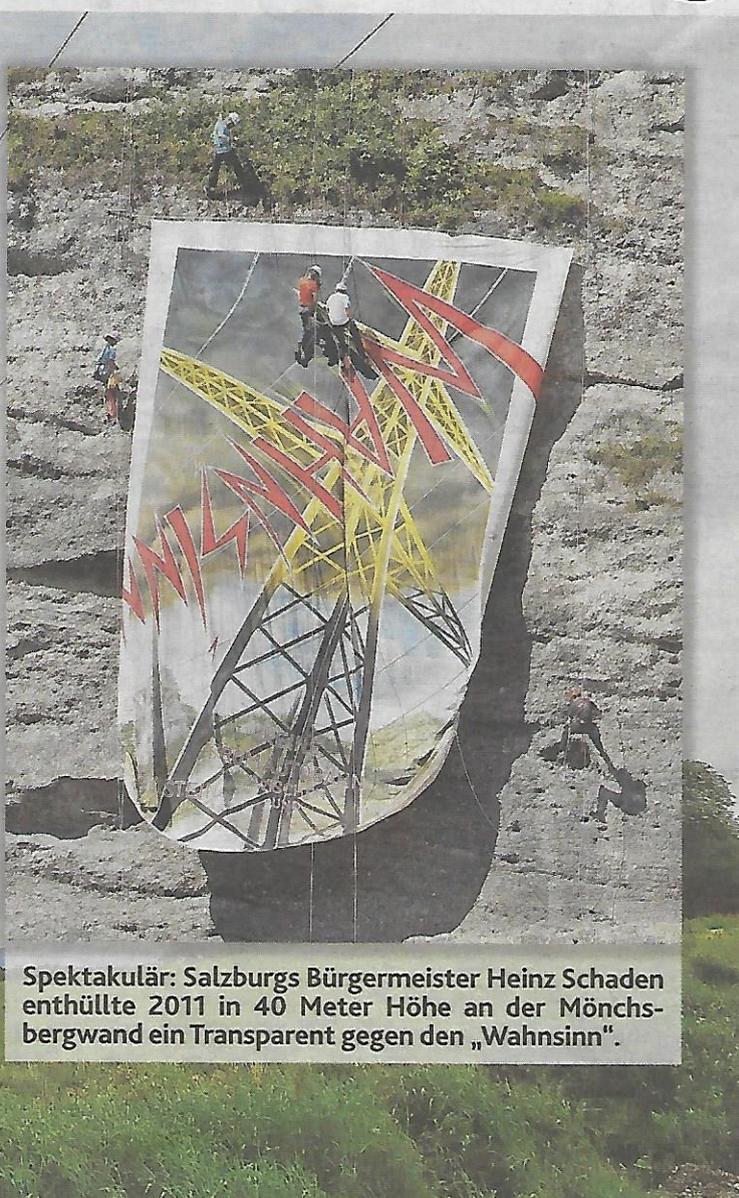
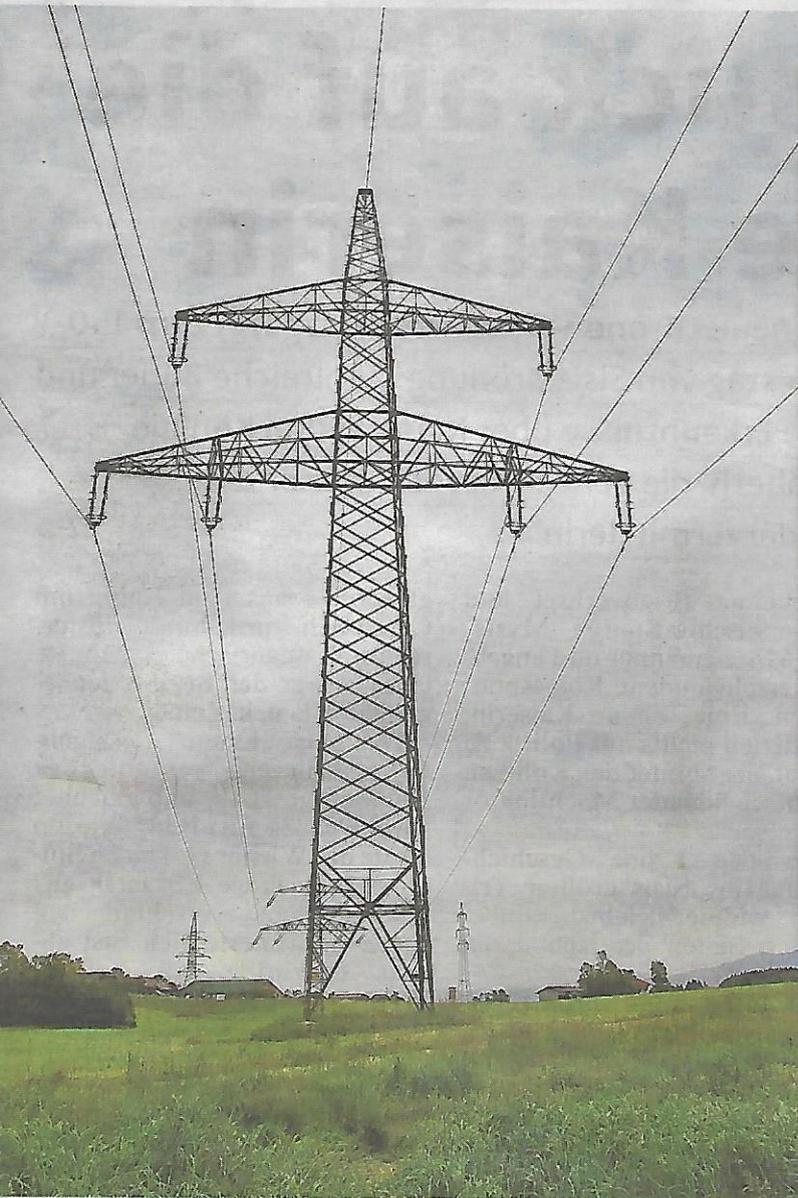
Hotspots des Bürgerprotestes. Drei Varianten über den Brennpunkt Nockstein stehen im Raum: Ost, Mitte und West. Letztere ruft den Protest der Stadt auf den Plan – in teils luftigen Höhen. So enthüllt Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden medienwirksam an der Mönchsbergwand ein überdimensionales Transparent „Wahnsinn – Keine Stromautobahn zwischen Nockstein und Gaisberg“. Auch gegen die Ostvariante formiert sich politischer Widerstand, sodass man sich schließlich auf die Variante Mitte einigt, weil sie der existierenden 220-

kV-Leitung noch am ehesten folgt.

2012 reicht die APG, Tochter des halbstaatlichen Stromkonzerns Verbund, ihre Umweltverträglichkeitserklärung ein. Doch der landesweite Protest reißt nicht ab: Bei einer großen Demonstration der IG Erdkabel verspricht die grüne Spitzenkandidatin Astrid Rössler vor Hunderten aufgebrachtten Bürgern, dass es mit ihrer Partei die 380-kV-Leitung in der geplanten Form nicht geben werde.

Ein Jahr später die Sensation: Mit einem Erdrutschsieg ziehen die Grünen erst-

380-kV-Entscheidung



Spektakulär: Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden enthüllte 2011 in 40 Meter Höhe an der Mönchsbergwand ein Transparent gegen den „Wahnsinn“.

mals in die Landesregierung ein. Großer Jubel bei den Leitungsgegnern. Sie glauben sich in der Zielgeraden, als das UVP-Verfahren in Rösslers Zuständigkeit fällt. Bereitet sie dem Spuk jetzt ein Ende? Dunkle Wolken ziehen auf, als ein Versuch der Gemeinde Koppl, den Nockstein zu einem geschützten Landschaftsteil zu erklären, scheitert.

Vorhaben „nicht zu empfehlen“

2013 veröffentlicht die UVP-Behörde ein Gutachten, wonach das Vorhaben „angesichts der schwerwie-

genden Beeinträchtigungen (...) nicht empfohlen werden kann.“ Es sei denn, es werden Ersatzmaßnahmen gesetzt. Die Vertreter der Initiativen und die Anwälte der betroffenen Gemeinden fühlen sich von Rössler im Stich gelassen, die Situation eskaliert im Juni 2014 bei der im UVP-Gesetz verankerten öffentlichen Diskussion. Die Leitungsgegner beklagen, man habe sie beim Einlass in die Salzburgarena „wie Schwerverbrecher“ behandelt. Unterschriften werden gesammelt, Petitionen eingereicht, Gutachten erstellt, zahlreiche Gemeinden und

betroffene Bürger erheben Einsprüche – doch alles vergebens: 2015 genehmigt die UVP-Behörde das Vorhaben. Die Freileitungsgegner werden an das Bundesverwaltungsgericht als Berufungsinstanz verwiesen. Und schöpfen neue Hoffnung: Denn mindestens fünf Verhandlungstage wurden dafür anberaumt. Fünf Tage, an denen alle Argumente und Gutachten noch einmal genau geprüft werden. Fünf Tage, um jahrelangem erbittertem Widerstand doch noch Wirkung zu verleihen. Fünf Tage, die Geschichte schreiben werden. Anna Dobler

KAUF DICH GRÜN

Die Landesregierung hat zwischenzeitlich das Salzburger **Naturschutzgesetz** geändert.

Bisher waren bei Landschaftseingriffen **Ersatzmaßnahmen** in der Natur vorgeschrieben.

Mit der Neuerung werden Ersatzleistungen mit **Zahlung** von Geldbeträgen möglich: „Naturschutz wird so käuflich“, kritisieren die Leitungsgegner.